

"Eine Brücke, die eigentlich keiner braucht" SOR 30.7.09

Waging am See (he). Eine Annäherung hat er gewiss nicht gebracht, der Informationsabend des Landrats zum Thema Salzachbrücke, der im Kurhaus stattfand. Im Gegenteil, im Laufe des Abends schienen sich die Positionen eher sogar noch weiter voneinander entfernen.

Landrat Hermann Steinmaßl redete mit Engelszungen, beschwor die gemeinsame Vergangenheit von Rupertiwinkel und Salzburg, hob die notwendige wirtschaftliche Entwicklung heraus und berief sich immer wieder auf das Gutachten, nach dem der Verkehr nicht wesentlich zunehme, die Brücke vor allem regionale Bedeutung habe. Doch die Gegner der Brücke – Befürworter meldeten sich kaum zu Wort – nahmen diese beschwörenden Argumentationsversuche nicht an, die Angst vor deutlich mehr Verkehr und die Belastung der Natur wiege höher, wurde immer wieder betont, als diese Brücke, "die eigentlich keiner braucht".

Geballte Kompetenz war aufgeboten worden zu der Versammlung: Landrat Steinmaßl hatte zahlreiche Mitarbeiter des Landratsamtes mitgebracht; auch Kreisbaumeisterin Mechtild Hermann, Abteilungsleiter Florian Amann und der Chef des Staatlichen Bauamtes Sebald König saßen am Prominententisch. Ebenfalls anwesend war der Verkehrsplaner Andreas Bergmann vom Büro für Verkehrsplanung und Städtebau Lang und Burkhardt in München, sowie die Bürgermeister von Waging, Taching, Kirchanschöring, Palling und eine ganze Reihe von Gemeinderäten.

Geteilte Meinungen über Verkehrsströme

"Ich bin kein Hellseher" stellte Gutachter Bergmann gegenüber der Presse fest. "Ich kann nur anhand der aktuellen Rahmenbedingungen prognostizieren." Und genau das ist ein Punkt, über den sich die beiden Seiten wohl nie einigen können. Der Landrat hebt die fundierte Erhebung von Daten hervor, die dem Gutachten zu Grunde liege, die Gegner der Brücke halten all das bis zum Jahr 2025 Vorausgesagte für Spekulationen und stellen dem das entgegen, was sie den "gesunden Menschenverstand" nennen.

"Es gibt immer geteilte Meinungen, wenn über Verkehr gesprochen wird", sagte der Waginger Bürgermeister Herbert Häusl in seiner Begrüßung, hielt sich aber sonst aus der Diskussion völlig heraus. Auch der Landrat war sich bewusst, dass an diesem Abend eine "Einmütigkeit wie bei dem am gleichen Ort gefassten Klinikbeschluss heute wohl nicht zu erreichen" sein werde. Er stellte aber gleich klar, was er im Laufe des Abends viele Male auf unterschiedlichste Weise betonte und mit Argumenten untermauerte: "Ich meine, dass wir diese Brücke nachhaltig brauchen."

Die Diskussion eröffneten die Waginger Gemeinderäte Georg Huber und Hans Kern, die ihre und der Bürger Angst vor weiter zunehmendem Verkehr ins Gespräch brachten. "Wir müssen als Gemeinderäte darauf drängen", so Kern, "dass etwas für den Schutz der Anwohner getan wird." Immerhin liege Waging auf einer Strecke von drei Kilometern unmittelbar an der Staatsstraße 2105. Leute mit Ferienwohnungen könnten diese wegen des Lärms immer schlechter vermieten. "Da muss man gegensteuern", forderte Kern und erhielt dafür viel Beifall.

Das Thema Lärmschutz kam in den Ausführungen des Landrats nicht vor. Vielmehr stützte er sich auf das Gutachten, das bei Tettenhausen plus 200 und bei Waging lediglich plus 100 Fahrzeuge ermittelt hat, sollte die Brücke tatsächlich kommen. Und ganz am Schluss des Abends formulierte er seine Einstellung zum Thema Verkehr: "Die Situation wird sich nicht so dramatisch verändern, wie es häufig geschildert wird."

Polemik in der Diskussion

Waren die Diskussionsbeiträge am Anfang ausgesprochen sachlich, nahm die Debatte im Laufe des Abends – es ging bis nach 23 Uhr – deutlich an Schärfe und Polemik zu. Als Feindbild Nummer 1 für den Landrat kristallisierte sich Ulli Kühn von der Initiative "Vernunft statt Salzachbrücke" heraus, der das Gutachten intensiv durchgearbeitet hat und vieles anders interpretiert als der Gutachter. Ihm unterstellte der Landrat Fehlinformationen, falsche Aussagen, fehlerhafte Karten und manches mehr. Steinmaßl hatte dazu eigens Materialien aus verschiedenen Veröffentlichungen, bis hin zu Fernsehsendungen,

mitgebracht, um dies zu beweisen.

Eine gewisse Schärfe kam auch durch die deutlichen Äußerungen des Tittmoninger Biobauern Hans Glück auf. Glück: "Ihr werdet nicht müde, zu betonen, dass die Brücke nur regionale Bedeutung hat. Um im FFH-Gebiet überhaupt bauen zu dürfen, braucht ihr aber überregionale Bedeutung. Wie ihr das zusammenbringen wollt, ist mir schleierhaft."

Außerdem habe Deutschland schon jetzt eines der dichtesten Verkehrsnetze der Welt. Dies müsse den Planern zu denken geben und dabei stelle sich die Frage, "ob wir in der jetzigen Zeit noch mehr Brücken brauchen und damit noch mehr Verkehr kriegen". Außerdem solle der Landkreis zur Kenntnis nehmen, dass die Bauern in der Region ganz und gar nicht bereit seien, Grund zu verkaufen. "Das möchte ich erst mal sehen, ob ihr die eigenen Bauern enteignen wollt für eine Brücke, die wir nicht brauchen."

Tauschangebote statt Enteignung

Das Thema Enteignung griff der Landrat mit großem Nachdruck auf. Er hoffe nicht, dass es zu einer Enteignung kommen werde, führte Steinmaßl ins Thema ein. "Wir werden über Tauschangebote und Ausgleichszahlungen reden. Der Bauer, der Bauer bleiben will, kann das. Die Gemeinde hat genügend Tauschflächen. Enteignen heißt, jemandem etwas nehmen. Wir erwarten aber von den Bauern, dass sie ihren Grund abgeben, und geben ihnen anderen Grund daneben, eventuell mehrfach und gegen Ausgleichszahlungen."

Das Thema Natur wollte der Landrat nicht zu hoch aufgehängt wissen. Denn gerade die Gegner stellten sich hinter solche Begründungen und versuchten alles, um mit noch mehr Bürokratie den Brückenbau zu verhindern. Auch hier hat der Landrat eine ganze Reihe von Falschinformationen ausgemacht, die von Gegnern in der Öffentlichkeit verbreitet worden seien; als Hauptbeispiel nannte er den Luchs, der hier bei Fridolfing angeblich leben solle. Im Grundgesetz stehe etwas von der Würde des Menschen, so Steinmaßl. "Und wir müssen darüber nachdenken, ob wir wegen jedem Frosch und nichtvorhandenem Luchs so viel Geld aufwenden wollen." Aber es sei ihm schon klar, dass die Gegner das Verfahren mit Auflagen möglichst teuer machen wollten, um zu verhindern, dass gebaut werden kann.

Entschlossener Landrat

Aber all das – Machbarkeit, Natur, Finanzen – werde das Planfeststellungsverfahren klären. "Ich lasse mich im Vorfeld nicht aufhalten", betonte der Landrat seine Entschlossenheit, das Verfahren durchzuziehen. "Die Planfeststellung wird prüfen, und dann werden wir sehen, wie es ausgeht." Auch das wirtschaftliche Argument brachte Steinmaßl das ein ums andere Mal ins Gespräch. "Die Wucht von mehr Arbeitslosen" könne auch die hiesige Region treffen, von daher sei der Pendlerverkehr zwischen Bayern und Österreich so wichtig.

Einer Bäuerin aus Tettenhausen, Johanna Reitingner-Schlaffner, platzte ob der gelegentlichen Seitenhiebe des Landrats auf Diskussionsredner der Kragen: "Die Stimmung, dass die Brücke durchgesetzt werden muss, koste es, was es wolle, find’ ich nicht richtig", rief sie dem Landrat zu. "Ich blicke nicht durch die Beweggründe, warum die Brücke mit Biegen und Brechen durchgesetzt werden muss. Auf der einen Seite heißt es, wir kriegen nicht mehr Verkehr, dann brauchen wir die Brücke ja wohl auch nicht", sagte sie und bekam dafür Riesen-applaus. Auch die "autoritäre Art" des Landrats gefiel ihr nicht: "Du bist unser Landrat, wir haben alle das Recht, unsere Sorgen vorzubringen. Warum werden die dann ins Lächerliche gezogen?"

Steinmaßl entschuldigte sich im Laufe des Abends mehrfach, sollte er jemandem zu nahe getreten sein. Und gegen Ende kündigte er einige Male an, eine solche Veranstaltung gerne noch einmal anzubieten, dann aber mit allen beteiligten Bürgermeistern sowohl auf bayerischer wie auf österreichischer Seite. "Heute spüre ich", so der Landrat abschließend, "dass ich bei diesem Brückenprojekt viele Gegner habe. Allerdings stellen sich die Gegner oft lauter, öfter und intensiver dar als die Befürworter. Es gibt aber auch Veranstaltungen mit vielen Befürwortern. Hier das Richtige zu tun, das ist die Verantwortung der Politik."